

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. jährlich. Abgabe an den Abonnenten durch den Postboten und unternehmerische Anstalten zu jeder Zeit. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostsen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Hauptzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Blatt 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jede Bekanntmachung ist zu befrachten, wenn der Betrag durch die Post übermitteln soll. Anzeigen werden nur dann angenommen, wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen werden nicht für die Nachtzeit und für die Feiertage angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostsen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 301 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 29. Dezember 1930

Neugestaltung.

„Er lebt wie der Herrgott in Frankreich“, — gerade jetzt denkt man so ab und zu einmal an die Wahrheit dieses Vergleichs, wenn man auf das Meer der vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland blickt und dann hört, daß die Zahl der Erwerbslosen in Frankreich eben erst eine fünfstellte geworden ist, daß sie selbst im Laufe der Weltwirtschaftskrise kaum ein paar Tausend betragen hat. Und daß in den Kellern der Bank von Frankreich in einer Art riesiger Panzerfeste Tugende von Goldmillarden liegen; der Zustrom dorthin eher noch anschwillt als abnimmt. Wir wissen, daß man in Frankreich unsern politischen Räten gar kein Verständnis entgegenbringt, ja ihnen mit tiefstem Argwohn gegenübersteht; da ist man fast dankbar dafür, wenn in einem Pariser Blatt von sonst ausgesprochen antideutscher Haltung einmal Verständnis für unsere wirtschaftlichen Nöte gezeigt und ein paar offene, leider nur allzu richtige Worte darüber zu lesen sind. Mit dieser Feststellung werden wir uns freilich begnügen müssen; denn zu dem Zugeständnis, daß die Wirtschaftskrise in Europa ganz wesentlich zusammenhängt mit der politischen „Neugestaltung“ Europas, wird man sich in Frankreich natürlich nicht bequemen. Verspürt doch Frankreich selbst diese Wirtschaftskrise nicht bis her so gut wie gar nicht, und wenn sie sich in allerletzter Zeit auch ein wenig bemerkbar macht, so besteht das reiche Land Mittel und Wege genug, solchem Hinübergreifen der Krise entgegenzuwirken.

So hört denn der französische Durchschnittsleser auch einmal davon, daß das Arbeitslosenheer in Deutschland nicht eine vorübergehende Erscheinung ist, sondern daß die deutsche Industrie diese Massen gar nicht wieder aufzulösen, in den Produktionsprozess wieder einzustellen vermag. Wichtig gesehen dabei ist die Bemerkung des Pariser Blattes, daß die so tief gesunkene Kaufkraft der deutschen Bevölkerung selbst, also die auf dem deutschen Binnenmarkt es hauptsächlich ist, die infolge der Absatznot zu einem verhängnisvollen Einschnüpfen der industriellen und der landwirtschaftlichen Erzeugung geführt hat. Und ebenso wertvoll ist das Zugeständnis, daß die deutsche Ausfuhr nur deswegen die Einfuhr um rund anderthalb Milliarden übersteigen konnte, weil die Preise, die im Ausland für die deutschen Waren erzielt wurden bzw. werden konnten, zum Teil erheblich unter den Beschaffungskosten liegen, der Preisunterschied also von dem deutschen Volke getragen werden mußte. Wir sind ja geneigt, unsere Ausfuhr auf einer möglichen Höhe zu halten, um die Beschäftigung innerhalb der Industrie nicht noch weiter einschnüpfen, die Arbeitslosigkeit nicht noch mehr anwachsen zu lassen. Und — um die Reparationsverpflichtungen erfüllen zu können; denn daran erinnert das Pariser Blatt nicht, daß der deutsche Ausfuhrüberschuss noch nicht einmal so groß ist wie die uns auferlegte Jahreszahlung von 1,9 Milliarden. Natürlich bleibt diese Entwicklung in Deutschland selbst nicht ohne Rückwirkung auf das Ausland; denn zum großen Teil beruht der Ausfuhrüberschuss Deutschlands darauf, daß die Einfuhr wert- und mengenmäßig erheblich gesunken ist, also das Ausland viel weniger Waren an Deutschland verkaufen konnte als früher.

Leider ist nur allzu wahr, was man in der französischen Zeitung auch lesen kann über den steigenden „Pauperismus“ in Deutschland, die wachsende wirtschaftliche Not im allgemeinen, bei den Schichten der „Intelligenz“, aber ganz besonders bei den Millionencharen jener, die „die Hochschulbildung beendet oder zahlreiche Examinas abgelegt haben, heute aber genötigt sind, von einem Durchschnittseinkommen von kaum 100 Mark im Monat zu leben“. Da kann man ohne weiteres gleich noch anfügen, daß es fast eine halbe Million arbeitsloser Angestellter männlichen und weiblichen Geschlechts gibt! Nicht bloß die Inflation hat sichtbare Räden in die Reihen jener Schichten gerissen, die das Pariser Blatt als das „Bürgertum“ bezeichnet, sondern dieser Prozess ist von der Wirtschaftskrise der letzten Zeit immer noch weiter fortgesetzt worden, und schmerzlich genug ist es, dem Franzosen darin nicht unrecht geben zu können, wenn er schreibt, Deutschland sei auf dem besten Wege, in den Pauperismus des Mittelalters zurückzuversinken. Und es sei ein schlimmes Zeichen, daß in Deutschland die freien Berufe ihren Mann nicht mehr ernähren könnten.

An wem liegt es denn? Nicht etwa an mangelndem Willen zum Wiederaufstieg, nicht an hoffnungsloser lethargie oder an dem Fehlen geistiger Kräfte. Aber man hat uns in einen Käfig eingesperrt und — ist nun verwundert darüber, daß wir die Arme nicht regen können. Zu vielmehr alles, um uns an einem Verlassen dieses Käfigs zu hindern.

Deutschlands Verelendung.

Mittelalterliche Armut.

Das halbamtliche französische Blatt „Petit Parisien“ bringt einen Artikel über die Verhältnisse in Deutschland, der ziemlich desuffizienten Eindruck erregt, vor allem deshalb, weil er ungeschminkt eine Reihe von Tatsachen für die deutsche Verarmung zugibt, die in der französischen Öffentlichkeit bisher anscheinend unbekannt geblieben sind. Das Blatt erklärt, daß Deutschland mit seinen vier Millionen Arbeitslosen am schwersten von allen europäischen Ländern betroffen sei. Daß der deutsche Außenhandel in der Aus-

Ein großes Notjahr

Neujahrsbotschaft der sächs. Landwirte. 1931 muß die Entscheidung bringen.

Der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, Landtagsabgeordneter Schlaedebach, wendet sich anläßlich des Jahreswechsels im Organ des Landbundes, der „Sächsischen Bauernzeitung“, mit einer Kundgebung an die sächsischen Landwirte, in der es u. a. heißt:

„Mit Hoffnung und Zuversicht begannen wir das hinter uns liegende Jahr. Aus diesem Hoffen wurde zukunftsstrobe Zuversicht, als unser verehrter Reichspräsident in seiner Botschaft vom 13. März d. J. seinen Willen zur Verringerung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und der Wiederherstellung ihrer Rentabilität Ausdruck gab und den Präsidenten des Reichslandbundes, Dr. Schiele, zur Durchführung dieses Auftrages als Reichsernährungsminister berief. Nun endlich schien Gewähr gegeben für die Einlösung des Wortes: „Die Ernte dieses Jahres darf nicht wieder zu Verlustpreisen verschleudert werden.“

Heute, am Schluß des Jahres, müssen wir feststellen, daß unser Hoffen vergeblich war. Größer als je zuvor ist unsere Not, undurchdringlich dunkel liegt die Zukunft vor uns. Das Jahr 1930 ist für uns nicht ein Jahr erfüllter Hoffnung, sondern ein Jahr bitterster Enttäuschung geworden.

Nun stehen wir am Anfang eines neuen Jahres. Niemand von uns vermag zu sagen, was in seinem Schoße für uns und unser Volk liegt.

Das Jahr 1931 muß die Entscheidung bringen.

Recht und Gerechtigkeit müssen auch für den deutschen Bauern wieder Geltung bekommen. In diesem Entscheidungskampf werden wir als Bundesgenossen an unserer Seite alle die haben, die gleich uns erfüllt sind von nationalem Willen, die wir um ein freies Deutschland, um ein gleichberechtigtes und in der ganzen Welt geachtetes deutsches Vaterland ringen.

Vom deutschen Acker hängt das Schicksal von Volk und Vaterland ab. Ein freies Deutschland wächst nur auf freier deutscher Scholle.

Für ein hohes nationales Ziel kämpfen wir. Es zu erreichen, wollen wir unsere letzte Kraft einsetzen. Aus tiefstem Dunkel führt ein Weg zum Licht, wenn wir den Glauben an uns selbst und an die Gerechtigkeit unseres Tuns nicht verlieren. Dieser Glaube soll uns im kommenden Jahre in dem schweren Kampfe leuchten sein.

Kampf also ist die Losung für das nächste Jahr. Treten wir es an fest im Glauben, stark im Willen, einig im Handeln und vertrauensvoll aufblickend zu unseren Führern.

Vertrauen und Geselligkeitsstreue, Disziplin und festes Zusammenstehen sind die Vorbedingungen des Erfolges.“

Handwerkers Sorgen und Wünsche.

Das deutsche Handwerk 1930.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks teilt mit:

Das Jahr 1930 war wie für die gesamte Wirtschaft so auch für das deutsche Handwerk

ein großes Notjahr.

Sparsammaßnahmen der Behörden, Unsicherheit über die Verteilung der Hauszinsfuhrmittel sowie Kapitalknappheit bei den privaten Bauunternehmern hemmten im Februar-März den ordentlichen Beginn der Bauwirtschaft und ließen diese auch das ganze Jahr hindurch nicht zu einer gunstigen Auswirkung kommen. Die schlechte Lage in der Metallindustrie und im Bergbau blieben ebenso wie die mangelnde Rentabilität der Landwirtschaft weiter von nachteiligem Einfluß. Der Beschäftigungsgrad in den besten Monaten des Jahres stand weiter hinter dem des Vorjahres zurück.

fuhr um 1,5 Milliarden die Einfuhr übersteige, bedeute nur eine Befähigung der Schwere der Wirtschaftskrise, denn dieser Überschuss sei zum größten Teil nur mit Verlustpreisen erzielt worden; er sei der Ausdruck des unbedingten Zwanges zur Ausfuhr um jeden Preis, nur, damit die Fabriken in Betrieb bleiben können. Deutschland sei es nicht mehr möglich, seine Arbeitslosen in der Industrie aufzunehmen, zumal angesichts der Sättigung der Märkte und der gesunkenen Kaufkraft nicht zu hoffen sei, daß die Industrie nach der Vorkriegsart sich weiterentwickeln werde. Deutschland müsse also zum Mittel der inneren Kolonisation, zum Versuch einer Änderung seiner sozialen Zusammensetzung schreiten.

Nicht weniger bedrohlich als die Arbeitslosigkeit sei die Verelendung des Bürgertums. Vier Fünftel aller Deutschen besäßen nicht das geringste Eigenkapital; über zehn Millionen Deutscher, die die Hochschulbildung beendet und zahlreiche Examinas abgelegt hätten, seien heute genötigt, von einem Durchschnittseinkommen von kaum 100 Mark im Monat zu leben. Deutschland sei auf dem besten Wege, in den Pauperismus des Mittelalters zurückzufallen, denn wenn sich die heutige Entwicklung fortsetze, dann werde es bald nur noch eine Handvoll Bank- und Industriekente in Deutschland geben, während die Masse des Volkes rettungslos verproletarisiert sei.

Die große Arbeitslosigkeit

Schwächte die Kaufkraft der für das Handwerk in Betracht kommenden Kreise in kürzester Frist. Im Zusammenhang hiermit mußte eine beträchtliche Zunahme der sogenannten Schwarzarbeit festgestellt werden. Mag auch das Bemühen, wenigstens hier und da durch eine kleine Gelegenheitsarbeit noch etwas zu verdienen, menschlich verständlich sein, allein der Mangel droht verschiedenen handwerklichen Berufen einen großen Teil der Reparaturarbeiten vollständig zu entreißen.

Das Vorkommen

hat einen noch nie gekannten Umfang erreicht. Ungünstig beeinflusst war das Geschäftsjahr noch infolge der im zweiten Halbjahr hervorgetretenen Bestrebungen der Reichsregierung

auf Preisentlastung

durch die dadurch bedingte Zurückhaltung der Käufer. Das Handwerk hat sich wiederholt zu Preisherabsetzungen bekannt und solche auch mehrfach vorgenommen.

Allein, es darf nicht verkannt werden, daß es sich hierbei um Vorleistungen handelt, da die für eine Herabsetzung der Preise in Betracht kommenden Unkostenfaktoren doch keine merkliche Senkung erfahren haben. Auch die Hoffnungen, deren Erfüllung man mancherorts gerade beim Handwerk erwartet, werden sich nicht so rasch verwirklichen können.

Die direkte Verbindung des Handwerks mit den Käufern beschwert zudem den Verfall mit allen Folgen der bisherigen verfehlten Wirtschaftspolitik, deren unerträgliche Belastung in sozialer und steuerlicher Hinsicht bekannt ist. Auch auf die Entwicklung der Preise konnte das Handwerk angesichts der staatlichen Schlichtungspolitik kaum einen Einfluß gewinnen. Andererseits sorgt die wirtschaftliche Lage ganz von selbst für einen möglichst niedrigen Stand der Geschäftsumsätze und des Gewinnanteils.

Hoffentlich beginnt mit den Notverordnungen vom 26. Juni und vom 1. Dezember 1930 das unbedingt notwendige, durchgreifende,

gesetzgeberische Reformwerk.

Das Handwerk hat den darin festgelegten Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung als einen Anfang der Maßnahmen anerkannt, die zur Gesundung der öffentlichen Finanzen in Deutschland und zur Rettung der deutschen Wirtschaft vor weiterem Verfall notwendig sind.

Allein den ersten Schritten müssen weitere folgen, um eine wirkliche Entlastung der Wirtschaft und damit die Möglichkeit zu einem wirklichen Preisabbau zu geben. Das gilt sowohl für die steuerliche, wie auch für die soziale Belastung.

Auf steuerlichem Gebiet muß vor allen Dingen einmal eine wesentliche Senkung der Realsteuern eintreten. Die eingeleiteten Maßnahmen müssen weitere Ergänzungen finden durch die so notwendige Reichsreform an Haupt- und Nebeländern und durch die ebenso nicht mehr hintanzuhaltende Neuregelung der Reparationsfrage.

Für das Handwerk bleibt das Jahr 1930 von besonderer Wichtigkeit, weil in ihm der Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft seine Ergebnisse über das deutsche Handwerk vorlegen konnte. Wir dürfen kurz darauf zurückgreifen, daß nach den Untersuchungen dieses Ausschusses für das Jahr 1926 1.200.000 Handwerksbetriebe mit 1.320.000 Inhabern, 150.000 Stellen, 766.000 Lehrlingen und 110.000 Angestellten festgestellt wurden.

Der Gesamtumfang des Handwerks wird für das Jahr 1928/29 mit 20,6 Milliarden Mark oder 14 bis 16 Prozent des volkswirtschaftlichen Gesamtumsatzes angegeben. Einschließlich der Berufszugehörigen finden innerhalb der Handwerkswirtschaft rund acht Millionen Deutsche oder 12,6 Prozent der Bevölkerung ihr Brot.

Diese Zahlen, die uns die wirtschaftliche Bedeutung

des Handwerks fänden, sind leider noch viel zuwenig bekannt. Es wird auch eine der Hauptaufgaben der vom 15. bis 22. März 1931 stattfindenden Reichshandwerkswoche sein, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Handwerks für Volkswirtschaft und Volkskultur, und über seine Bedeutung für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft aufzuklären.

Die Stimme der Wissenschaftler.

Herr Lénot, der langjährige Leiter des deutsch-französischen Studienkomitees in Berlin, hielt nach seiner Rückkehr in Paris Vorträge über „Die Krise der bürgerlichen Kultur in Deutschland“. Das war aus französischem Munde, vor französischem Publikum, eine treffende Darstellung der gewaltigen sozialen Umschichtung in Deutschland. Die gesellschaftliche Veränderung erscheint als Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Bourgeoisie durch Krieg, Revolution und Inflation. Revision und Risikoaussgleich sind die Forderungen eines Volkes, das, auf allen Gebieten seiner materiellen Existenz bedroht, Sicherheit sucht; erst dann hörte das Publikum, daß insbesondere die Revision im Osten aus dem Sicherheitsbedürfnis Deutschlands gefordert wird. An anderer Stelle sprach Lénot, von einer Studienfahrt durch ganz Deutschland zurückgekehrt, hand sprachlich unter dem erschütternden Eindruck der Not rechts des Rheins, die zu außenpolitischer Verbitterung führt. Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge wurde restlos zugestanden.

Raum ohne Volk.

Der entvölkerte deutsche Osten.

Die Siedlungsfrage als die nationale Frage behandelte in einem Vortrage Staatskommissar Münchberg und führte u. a. folgendes aus: An unserer Ostgrenze liegt heute